

ARBEITER NEWS

Internationalen Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran – Deutschland



aus dem Iran



Zur Würdigung des internationalen Weltfrauentags

Der Weltfrauentag ist alljährlich ein guter Anlass, um einen –wenn auch nur kurzen Blick auf den unerbittlichen Eingriff in die persönlichen und sozialen Rechte von Frauen, und die Fortschreibung sexueller Diskriminierung zu werfen.

Der Ausmaß dieser Eingriffe in die Rechte der Frauen ist dermaßen groß, dass es durch Statistik und Zahlen nicht erfassbar ist; obwohl diese Eingriffe und Beschneidung der Rechte von Frauen in fast allen Ländern auf unterschiedlicher Art und Weise erfolgen, treten sie in Ländern in denen islamische Kräfte an der Macht sind oder in Gestalt von islamisch-faschistischen Organisationen auftreten, in brutalster Form auf. Gewalt gegen Frauen ist der Kern dieser ungezügelter Eingriffe in die persönlichen und sozialen Rechte der Frauen. Während im Iran und in Afghanistan der Eingriff auf patriarchalische Tradition beruht und durch die herrschenden Regierungen gelenkt wird, werden die

Rechte der Frauen in anderen Ländern durch faschistisch islamistischen Gruppierungen wie IS, Nasr Front, Boko-Haram, Al-Schabab etc. auf primitivster Weise beschnitten.

Die islamische Republik Iran stellt durch archaische Gesetze wie „Das Rechte gebieten und das Verwerfliche verbieten“, - „Schutz der Verschleierung und Keuschheit“, „Geschlechts-orientiertes Auswahlverfahren zugunsten der indigenen Bevölkerung“ und

„Geschlechtsorientierens

Auswahlverfahren“, einen gravierenden Eingriff die Rechte der Frauen dar. Unter 142 Ländern besetzt Iran in Bezug auf Gleichberechtigung auf Platz 137. Die Statistik zeigt, dass das Alter für Prostitution im Iran mittlerweile auf 16 Jahre herabgestuft ist; 2% der Drogensüchtigen Frauen sind.

Dass heute die Statistik zu Wort kommt, liegt es daran, dass fortschrittliche und revolutionäre Frauen und Männer, seit Jahren schon das Schweigen gebrochen haben. Die Frauen wollen nicht mehr, dass ihr Körper zur Ware zugunsten politischer, wirtschaftlicher und religiöser Interessen des Patriarchat und männlicher Begierde degradiert wird.

Wir dürfen nicht vergessen, solange es Freier und Kundschaft für Prostitution gibt, wird die sexuelle Ausbeutung der Frauen andauern. Es ist kein Wunder, wenn die IS die jesidischen oder christlichen Frauen, wie vor 1400 Jahren als Kriegsbeute auf dem Basar von Mosel wie Sklaven verkauft; schon vor der IS wurden Frauen in modernen kapitalistische Ländern wie

Holland, Deutschland, Belgien etc. als Sexsklaven angeboten.

Es bestehen keine Zweifel, dass Frauen, die Opfer von Gewalttaten geworden sind, geholfen werden muss, aber man darf nicht vergessen, dass es für die Beendigung dieser Gewalt gegen Frauen mehr bedarf. Der sexuellen Gewalt kann kein Ende gesetzt werden, wenn letzteres nicht bekämpft wird. Wenn wir im Hinblick auf die Gewalt gegen Frauen nicht lediglich ein Trostpflaster sein wollen, müssen wir gegen die herrschenden gesellschaftlichen System, die die Frauen zur Ware degradieren und den Weg der Gewalt gegen Frauen ebnen und den Patriarchat festigen, aufstehen und Widerstand leisten.



Das juristische Verfahren gegen die Arbeiter des Kupferwerks in Khatun Abad und der Eisenmine in Bafegh müssen sofort eingestellt werden!

Die inhaftierten Arbeiter des Kupferwerkes in Khatun Abad sind freigelassen worden.

Nach 18 Tage hartem Kampf der Familien der Inhaftierten, der Kollegen und der internationalen Solidarität, der Gewerkschaften sowie ihre Unterstützer weltweit, sind alle 28 inhaftierten Kollegen endlich frei. In der Tat musste das arbeiterfeindliche Regime unter dem gemeinsamen Druck diese Menschen freilassen. Trotzdem versucht das Regime im Iran die Arbeiter einzuschüchtern mit der Festlegung sehr hoher Geldkautionen. Aber ihr geschlossener Kampf und die dauerhaften Proteste haben gezeigt, dass

den ArbeiterInnen das Wasser bis zum Hals steht und staatliche Drohungen und Repressalien wenig wirken können. Zweifellos können nur eine geschlossene Einheit der Arbeiter und eine breite internationale Solidarität der Arbeiter die Einschüchterungspläne der Herrschenden im Iran zunichte machen.

Wir gratulieren herzlich zu diesem Sieg der iranischen Arbeiterklasse und insbesondere den Kollegen des Kupferwerks in Khatun Abad. Wir können mit Freude sagen, dass die weltweite Kampagne von Freunden und Genossen, von politische Persönlichkeiten, Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, die mit ihren Bemühungen das Geschehen publik gemacht haben oder Protestbriefe organisierten

erfolgreich war. Aber wir sind nicht am Ende unseres Weges. 170 entlassene Kollegen müssen mit einer finanziellen Misere für ihr Überleben und ihrer Familie kämpfen, selbst die beschäftigten Kollegen können sehr schwer über die Runde kommen.

Außerdem warten die Minenarbeiter in Bafegh noch auf ihren Gerichtsprozess. Die Steinkohle-Arbeiter in Rawer sind im Streik, ebenso die Beschäftigten der Zuckerrohrfabrik Tapeh in Haft, sowie die Kollegen aus der Papierfabrik Esalem. Umso wichtiger ist es, aus der erfolgreichen Kampagne für die Arbeiter in Khatun Abad zu lernen und unseren gemeinsamen Solidaritätskampf für die Arbeiterbewegung im Iran stärker fortzusetzen.

Wir müssen verhindern, dass irgendeine Fraktion der iranischen Bourgeoisie durch leere Versprechungen oder Unterdrückung diesen Solidaritätskampf für seine politischen Ziele instrumentalisiert. Wir dürfen nicht erlauben, dass die Herrschenden unsere Unorganisiertheit ausnutzen und uns weiter mehr und mehr ausbeuten. Unsere Einheit, unsere selbständige Organisierung sowie die Gewinnung der internationalen Solidarität sind unsere Waffen gegen die

Herrschenden, nur dadurch können wir die Machthaber in die Defensive zwingen. Denn wir sind die Masse und haben die Macht. Daran müssen wir glauben.

Alle 28 inhaftierten Arbeiter von Khatun Abad wurden auf Kautionsfreilassung.

Die Freilassung der 28 Arbeiter von Khatun Abad wurde vor kurzem bestätigt. Ihre Verhaftung hatte eine weltweite Protestwelle ausgelöst. Schnell haben die in Exil lebenden Arbeiter wie Ali Pitschgah, Mortesa Afschari und Ali Mobaraki mehrere Gewerkschaften weltweit informiert und dadurch ihre Solidarität gewonnen. Der Kampf um die bedingungslose Freilassung der Kollegen und ihrer Wiedereinstellung geht weiter. Sämtliche Anschuldigungen gegen sie müssen fallen gelassen werden. Das kapitalistische Regime im Iran mit seinem neoliberalen Präsidenten Rohani war gezwungen, unter dem Druck der Arbeiter im Iran und weltweit, die Arbeiter von Khatun Abad auf Kautionsfreilassung. Dies ist ein Erfolg! Aber die Erfahrung zeigt, dass sie bloß auf eine günstige Gelegenheit warten, um sie wieder ins Gefängnis zu stecken. Der Rachezug der Herrschenden gegen die kämpferischen Arbeiter ist noch nicht zu Ende. Sie können diesen Status quo nicht akzeptieren. Die Erfahrung aus dem Streik der Kupferminen in Bafegh hat uns das gelehrt. Noch lange nach dem Streik mussten die Kollegen gegen die Wiederaufnahme ihres Gerichtsprozesses kämpfen.

Daher ist es notwendig mit der Kampagne für den Stopp der Gerichtsverhandlungen sowie die Wiedereinstellung der Kollegen weiterzumachen. Wir dürfen nicht zulassen, dass ihr Plan aufgeht. Die Freilassung der Arbeiter ist nur ein taktischer Zug gewesen.

Internationale Allianz zur Unterstützung der ArbeiterInnen im Iran
15.02.2016



Eine Erklärung über Mindestlohn

Eine geschlossene und klassenbewusste Front der Arbeiter ist die Voraussetzung bei dem Arbeitskampf zur Erhöhung des Mindestlohns.

Seit kurzem macht ein Gerücht über die Höhe des Mindestlohns für die Arbeiter und Angestellten die Runde. Der Grund dafür ist einfach die Festlegung des kommenden Jahresetats. Vorgesehen ist eine zwölfprozentige Lohn- und Gehaltserhöhung für das kommende Jahr. Man kann sicher sein, dass der sogenannte Hohe Rat der Arbeit, zusammengesetzt aus Regierungsvertretern, Arbeitgeber und die Vertretern der islamischen Arbeiterräte, nicht höher als zwölf Prozent, wenn nicht sogar weniger, festlegen wird. Mit dieser Lohnerhöhung wäre der monatliche Lohn etwa 850 Tausend Tuman (iranische Währung), während die durchschnittlichen Monatskosten für eine vierköpfige Familie im Iran etwa 3,5 Millionen Tuman und in Großstädten zwischen 4,5 und 5 Millionen Tuman betragen. Laut offizieller Angaben liegt die Armutsgrenze zwischen 2,8 bis 3,2 Millionen Tuman monatlich, je nachdem in welcher Stadt man im Iran lebt. Im Vergleich zu vielen entwickelten kapitalistischen Ländern verdienen die Kollegen dort 5-10 Mal mehr als im Iran. Das sagt allerdings nichts über den Ausbeutungsgrad der Arbeiter aus. Die Arbeiter werden überall auf der Welt ausgebeutet und der Grad der Ausbeutung der Arbeiter ist in diesen Länder sogar

höher. Aber die Höhe des Mindestlohns sowie das Lohnniveau der iranischen Arbeiter ist sogar im Vergleich zur seinen Nachbarländern niedriger, z.B. in der Türkei liegt der Mindestlohn doppelt so hoch.

Die fortschrittlichen und revolutionären Arbeiter im Iran wissen: Solange der Kapitalismus und das Lohnsystem existiert, werden die Arbeiter ausgebeutet, aber der Kampf um die Höhe des Mindestlohns ist ein wichtiger Bestandteil des Arbeitskampfes.

Wir dürfen uns nicht damit zufrieden geben, dass die Anpassung des Mindestlohns an die Inflationsrate eine ausreichende Forderung wäre.

Die Lohnabhängigen bilden die größte soziale Klasse im Iran. Sie leisten mehr als 80% der Produktion und Dienstleistung in der Gesellschaft. Der Kampf um einen angemessenen Mindestlohn, mit dem sie sich und ihre Familie ernähren können, ist daher berechtigt. Die ist aber ohne den geschlossenen Kampf der Arbeiter unerreichbar. Der Arbeitskampf muss mit der Solidarität mit den Arbeitslosen und gegen die Spaltung der Arbeiterklasse begleitet sein. Unverzichtbar ist auch der gemeinsamen Kampf für die Rechte der Frauen, für die Einstellung der Kollegen der sogenannten Verleihfirmen, für die Rede- und Pressefreiheit sowie Versammlungsrecht und freie unabhängige Gewerkschaften. Diese erfordern natürlich harte und dauerhafte Organisations- und Aufklärungsarbeit unter den KollegInnen.

Der Arbeitskampf der Arbeiter setzt allerdings demokratische Rechte in der Gesellschaft voraus. Daher ist es genau so notwendig, dass sie dafür selbständig kämpfen. Denn wie die Kapitalisten die Arbeiter ökonomisch unterdrücken, genauso verwehren sie ihnen ihre politischen Rechte. Und solange sie ihre selbständigen Gewerkschaften und ihre wahre politische Organisationen nicht besitzen, können sie zu Anhängseln der Herrschenden werden.

Unterzeichner:

Arbeiter der südlichen Parsprojekten, Arbeiter der Petrochemie aus Mahschahr und Banare Emam, kämpferische Arbeiter aus dem Süden im Iran, kämpferische Arbeiter aus Teheran und Karadj, kämpferische Arbeiter aus Schusch und Andimeschk.

Kontakt: kargaran.parsjonob@gmail.com

02.01.2016



Protest und Streik der Arbeiter der Fliesenfabrik (Hafez) wegen ihrer seit vier Monaten ausstehenden Löhne, sowie gegen die Entlassungen.

Am 25. Dezember letzten Jahres haben sich mehr als 80% der Beschäftigten des Fliesenwerks Hafez vor den Gebäuden des Gouverneurs der Provinz Pars versammelt und gegen die Entlassung ihrer Kollegen und wegen der ausstehenden Löhne und Gehälter protestiert.

Dem Nachrichtensender Tasnim zufolge hat am 25. Dez. das Management fast die Hälfte des Betriebes stillgelegt. Außerdem ist das Werk bei den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken verschuldet. Das Management weigert sich ebenso den Arbeitern ihre Löhne auszuzahlen.

Laut Protestierenden wurden letzte Woche etwa 30 Kollegen von Subunternehmer im Betrieb entlassen und durch befristete Stellen ersetzt und gleichzeitig wurden die

Löhne der Kollegen nicht mehr bezahlt. Dies alles hatte gereicht, das Fass zum Überlaufen zu bringen. Die Kollegen haben auch mit eigenen Augen gesehen, dass die Hälfte der Produktionslinie seit einiger Zeit stillgelegt wurde. Das Management musste selbst seine Unfähigkeit zur Problemlösung zugeben. Daraufhin haben die Kollegen das Management daran gehindert, das Betriebsgelände zu betreten. Die Proteste gingen auch vor dem Rathaus weiter.

Seit drei Jahren ging es dem Betrieb Tag für Tag schlechter. Die Tagesproduktion von 22000 Meter sank auf 10000 Meter und der Verkauf sank ebenso von 18000 auf 10000 Meter am Tag.

Der Betrieb gehörte bis 2010 der staatlichen Industrie- und Minen-Bank, danach ging er in private Hände über. Er wurde für einen Spottpreis an den neuen Besitzer verkauft. Seitdem haben sich die Arbeitsbedingungen massiv verschlechtert. Auf ihre Protestplakate schrieben die Arbeiter: „Wir wollen, dass unsere Jobs sicher sind“. Oder „Weg mit dem Management und Auszahlung der Löhne“. Nach einer Unterredung der delegierten Arbeiter mit dem Gouverneur teilten die Delegierten mit, dass ihnen die Wiedereinstellung der Kollegen und die Produktion versprochen wurde.

Der Gouverneur versprach den Arbeitern, dass ein Ausschuss morgen den Betrieb besichtigen wird und die Löhne ausbezahlt werden.



Einsatzübung gegen Arbeiteraufstand

Laut einem Bericht der lokalen Internetseite Kalaleh News fand in der

Provinz Golestan am 5. Feb. eine Einsatzübung der paramilitärischen Milizen, die Basisis genannt werden, statt. In dieser militärischen Aktion sollte eine direkte Konfrontation mit streikenden Arbeitern für den Ernstfall geübt werden. In diesem Bericht gab es auch Fotos, auf welchen Auseinandersetzungen der Streitkräfte mit aufständischen Arbeitern zu sehen sind.

Die Verfolgung und Unterdrückung der Opposition, insbesondere der Arbeiteraktivisten, unter der Herrschaft der Kleriker im Iran ist kein neues Regierungshandeln, sondern ist genauso alt wie das islamische Regime selbst. Aber die militärischen Übungen der Milizen des **Jerusalem Bataillons** zeigt eine neue Qualität in der Auseinandersetzung mit der Arbeiterklasse.

Bisher waren die sogenannte revolutionäre Garde, die Polizei, die Sicherheitskräfte und die Sondereinheitstruppen, die bei den Demonstrationen und Protestaktionen ihre Gegner niederschlugen. Die Tatsache, dass die Regierung jetzt für seine Unterdrückungsmaßnahmen auch auf diese paramilitärischen Truppen zugreift, zeigt, dass sie sich tatsächlich vor einem Aufstand der Arbeiter fürchten. Anscheinend reicht der ganze Unterdrückungsapparat der Regierung, der seit Jahren der herrschenden Klasse seinen Dienst erweist, nicht aus. Man braucht eine neue Schlägertruppe, die neben der klassischen Unterdrückungsmaschinerie noch zum Einsatz kommt.

Das islamische Regime ist darüber sehr gut informiert, dass es kaum einen Tag gibt, an welchem kein Streik, Arbeitsniederlegung oder Sitzblockaden im Betrieb und auf den Straßen stattfindet. Sie wissen, dass in vielen Betrieben die Arbeiter monatelang keine Löhne mehr bekommen oder dass fast ein Drittel der Lohnabhängigen unterhalb der Armutsgrenze bezahlt werden. Sie haben Kenntnis von Schließungen der Fabriken und der Massenarbeitslosigkeit der jungen Menschen genommen, die keine

Perspektive haben. Und gerade aus diesen Gründen bereiten sie sich für den Aufstand der Arbeiter, Lehrer, Krankenschwestern und übrigen Lohnabhängigen, die nicht mehr ihre Familien versorgen können, vor. Die Solidarität und der gemeinsame Kampf aller Arbeiter in der Industrie und der Dienstleistungsbranche und die Teilnahme ihrer Familienangehörigen an Demonstrationen und Protestaktionen für die gemeinsamen Forderungen der Arbeiterklasse, ist der Grundstein für die höheren Ziele der Arbeiterklasse, die nur in einem gemeinsamen Kampf erreicht werden können.

Wir haben in unseren Veröffentlichungen über die Einsatzübung der paramilitärischen Schlägertruppen der Regierung berichtet, deren Übungen als Abschreckung und Einschüchterung der Arbeiter dienen und durch das Regime eingesetzt werden. Wir fordern den Rückzug aller Sicherheitskräfte, der Polizei und der islamischen Revolutionsgarde aus den Betrieben, den Wohngebieten der Arbeiter und den Fabriken.

Wir setzen auf die internationale Solidarität der Arbeiterklasse im Iran in ihrem Kampf gegen die Repressalien der islamischen Regierung.



Ebrahim Madadi, der Vertreter des Teheraner Busfahrer-Syndikats, wurde am 22. Feb. in der 26. Kammer des Revolutionsgerichts verhört. Die Anklage gegen ihn beinhaltet Vorwürfe wie „Gefährdung der nationalen Sicherheit“, „Störung der bürgerlichen Ordnung“ und „Teilnahme an verbotenen Versammlungen“. Er wurde Ende April

2015 um 01:00 Uhr in der Nacht gleichzeitig mit Davood Razawi durch Sicherheitskräfte verhaftet. Sein mobiles Telefon, PC und andere private Gegenstände wurden beschlagnahmt.

Um 02:30 Uhr wurden beide ins berüchtigte Ewin Gefängnis gebracht und nach 22 Tagen Haft gegen Kaution vorläufig auf freien Fuß gesetzt.

Davood Razawi wurde am 13. Januar in der 26. Kammer zu fünf Jahren Haft verurteilt. Ebrahim Madadi begann seine gewerkschaftlichen Aktivitäten vor etwa 20 Jahren und hatte mit weiteren Kollegen in 2026 bei der Wahlveranstaltung des Busfahrer-Syndikats aktiv mitgewirkt.

Wegen seiner Gewerkschaftsaktivitäten wurde er von Anfang an von den Sicherheitskräften der Polizei und der Justiz beobachtet und verfolgt. Er wurde mehrmals verhaftet und erlitt bei einem Angriff einer Schlägertruppe der Zivilpolizei am Büro des Syndikats schwere Verletzungen. Er hat eine Haftstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten hinter sich und wurde von seinem Arbeitgeber entlassen. Obwohl er gegen dieses Urteil Einspruch erhob und von dem obersten Arbeitsgericht sogar Recht bekam, durfte er seine Arbeit nicht wieder antreten.

Trotz all dieser Repressalien und der Verfolgung setzte er seinen Weg unermüdlich fort und hörte nie auf die Rechte der Arbeiterklasse zu verteidigen.

Das Teheraner Busfahrer-Syndikat beteuert das uneingeschränkte Recht der Arbeiter zur Gründung von unabhängigen Organisationen und verurteilt jegliche Verfolgung und Unterdrückung der Gewerkschaftsaktivisten durch die Justiz und Sicherheitsbehörde.

Teheraner Busfahrer Syndikat 18 Januar 2016



Reza Shahabi wieder vor Gericht!

Reza Shahabi, Vorstandsmitglied des Arbeitersyndikats Teheraner Busfahrer, wurde zu einem Jahr Haft verurteilt. Das Urteil wurde durch das Berufungsgericht bestätigt.

Hintergrundinformationen: Im Dezember 2014 wurde Reza Shahabi erneut von der Gefängnisbehörde aufgefordert, sich vorzustellen, obwohl er noch eine medizinische Beurlaubung besaß. Er wurde über einen Protest von Gefangenen im Abschnitt 350 des berühmten Evin Gefängnisses am 17. April 2014 befragt. Daraufhin wurde ein neues Verfahren gegen ihn eröffnet, da er mit diesem Protest im Zusammenhang stehen soll. Dieses wurde von dem Abschnitt 26 des Revolutionären Gerichtes weiterverfolgt. Im Mai 2015 wurde er folglich zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das 26. Berufungsgericht hält den oben genannten Fall am 11. Dezember 2015 aufrecht. Damals wurde ein Vollzugsbefehl an das Evin-Gefängnis gesandt.

Reza Shahabi, ein Vorstandsmitglied des Vahed-Syndikats, gehört zu dem Gründungsvorstand des Teheraner Busfahrer-Syndikats, das im Jahre 2004 gegründet wurde. In einer Generalversammlung am 3. Juni 2005 wurde er als Vorstandsmitglied des Syndikats gewählt. Er und andere

Syndikatsmitglieder haben die Rechte ihrer Kollegen unermüdlich verteidigt und mussten sich dabei ihres Engagements wegen permanenten Repressalien der Sicherheitskräfte und der Justizbehörde aussetzen. Shahabi wurde 2005 wegen seiner Teilnahme an einem Streik von Busfahrern im Stadtbezirk 10 verhaftet und nach der Freilassung von seinem Amt als Vorstandsmitglied entlassen. Während sein Fall vom Arbeitsministerium noch zu klären war, verteidigte er aktiv und konsequent die Rechte seiner Kollegen und seiner Gewerkschaft. Ihm wurde gesetzlich genehmigt seine Belegschaft zu vertreten. Meistens waren es Kollegen, die wegen falscher Vorwände des Untersuchungs- und Streitausschusses des Arbeitsministeriums entlassen worden waren.

Schließlich ist es ihm gelungen ein Gerichtsverfahren zu gewinnen, sodass er im Juni 2009 zu seiner Arbeit zurückkehrte. Seit seiner Rückkehr zur Arbeit ist Shahabi ständig den Angriffen, Belästigung und Beobachtung durch das Betriebsmanagement und durch die Sicherheitskräfte ausgesetzt.

Wegen seines Einsatzes für die Belegschaft und seiner Kontakte mit anderen Fahrern, die er dazu ermutigte, sich dem Syndikat anzuschließen und ihre Forderungen zu verfolgen, machte er sich bei den Arbeitsgebern außerordentlich unbeliebt. Am 12. Juni 2010 wurde er wegen haltlosen Vorwürfen körperlich angegriffen und angehalten, während er noch den Bus führte (mehr als 30 Passagiere bezeugen diesen Angriff). Nach diesem heftigen Angriff wurde sein Haus von Sicherheitskräften durchsucht und er zu dem Abschnitt 209 des Gefängnisses von Evin gebracht. Er hat die nächsten neunzehn Monate in der Einzelhaft unter sehr harten Bedingungen aufgrund eines vorläufigem Haftbefehl verbracht, obwohl das Gericht eine Kautions von sechzig Millionen Tomans für seine Freilassung angesetzt hatte und seine Familie diese Kautions bezahlte, wurde er

trotzdem durch Druck von der Nachrichtendienstbehörde nicht entlassen. Während seiner Haft wurde sein Hals und sein Rückenmark schwer beschädigt, dass dabei seine linke Körperhälfte beinahe gelähmt wurde.

Weil seine wiederholten Nachfragen bezüglich seiner Situation und des weiteren Verlaufes des Prozesses unbeantwortet blieben, fühlte er sich gezwungen, in einen Hungerstreik zu treten. Nach 22 Tagen Hungerstreik wurde er endlich in ein Krankenhaus gebracht.

Er wurde schließlich am Juli 2014 an der Halswirbelsäule operiert und wurde direkt nach der Operation in den Abschnitt 350 des Ewin Gefängnisses zurückgebracht.

Nach Ablauf von 22 Monaten in "vorläufiger" Haft wurde Shahabi im März zu sechs Jahren Haft verurteilt. Ebenfalls wurde ihm die Gewerkschaftsarbeit und gesellschaftliche Aktivitäten auf die Dauer von fünf Jahren untersagt und eine Geldstrafe von sieben Millionen Tuman verhängt. Sein Urteil lautete, dass er an konspirativen Versammlungen gegen die nationale Sicherheit teilnahm, gegen das System propagierte und an Bildungen von illegalen Gruppen mitwirkte.

Das Urteil wurde durch die 36. Kammer des Berufungsgerichts am 3. Juli 2012 bestätigt.

Als Reaktion auf unmenschliche Bedingungen im Gefängnis sah er sich gezwungen mehrmals in den Hungerstreik zu treten. Er streikte dabei für 7 Tage, 20 Tage, 30 Tage und zuletzt für 42 Tage (im Juni 2014).

Bei seinem letzten Hungerstreik, der 52 Tage andauerte, wurde er aufgrund seines sehr kritischen körperlichen Zustandes ins Krankenhaus gebracht und erneut am 2. September 2014 an der Wirbelsäule operiert.

Obwohl er aufgrund seiner schlechten Gesundheit vorläufig das Gefängnis verlassen durfte, wurde er am 7. Februar zur Untersuchungsbehörde für Informationen und Sicherheit vorgeladen.

Ihm wurde gesagt, dass ein neues Verfahren eröffnet wurde, in dem man ihn wegen Anstachelung der Arbeiter im Betrieb, Störung der öffentlichen Meinung und Ordnung beschuldigt.

Sein Verhörer hatte ihn vorgeworfen, dass er zum Arbeitsministerium gegangen sei und dort seine Rückkehr zur Arbeitsstelle forderte, was aber abgelehnt wurde. Der islamische Staat hat aber der ILO berichtet, dass Reza Schahabi frei sei und wieder zur Arbeit zurückgekehrt sei. Weiterhin gehörte zu seinen Anschuldigungen, dass er an einer gewerkschaftlichen Aktivität in der Stadthalle teilgenommen habe, für die Gewerkschaft

Mitgliedsbeiträge gesammelt hätte und Syndikats-Newsletter verteilt hätte.

Nach dem gerichtsmmedizinischen Urteil ist Reza noch außerhalb des Gefängnisses, aber durch den Druck der Justiz und Sicherheitsbehörde muss er an einem anderen Ort, weg von seiner Frau und seinen Kindern, leben.

Das Teheraner Busfahrer-Syndikat fordert das Ende der Schikanen und Einschüchterungen gegen Reza Schahabi und seine sofortige bedingungslose Freilassung. Außerdem soll ihm eine Rückkehr zur Arbeit gewährt und eine Entschädigung für die Inhaftierung geleistet werden.

Teheraner Syndikat der Busfahrer 25 Februar 2016.



6 Jahre Gefängnis für Esmail Abdi !

Esmail Abdi, der eingesperrte Generalsekretär der Vereinigung der iranischen Lehrer (ITTA-Tehran) wurde

durch die 15. Gerichtskammer des islamischen revolutionären Gerichtes, das vom notorischen Richter Salavati geleitet wird, zu sechs Jahren Haft verurteilt. Das Urteil wurde am 22. Februar 2016 dem Rechtsanwalt von Abdi, Herrn Peyman Haj-Mahmoud Attar, bekannt gegeben.

Das Gerichtsverfahren von Esmail Abdi wurde am 31. Januar 2016 in Gegenwart von Abdi und seinem Rechtsanwalt und dem Kläger der 15. Kammer des islamischen Revolutionären Gerichtes abgehalten. Der vorsitzende Richter ist für die harte Behandlung von Gewerkschaftlern und Arbeitsaktivisten berüchtigt.

Die Anklagen gegen Herrn Abdi lauten: Die illegale Versammlung mit der Absicht, die öffentliche Ordnung zu stören und Propaganda gegen das System zu betreiben. Jedoch sind die echten Gründe für diese Behauptungen nur mit seiner Gewerkschaftsaktivität als Generalsekretär der Gewerkschaft der Lehrer in Teheran verbunden gewesen, um an den Versammlungen und Sitzungen von Lehrern teilnehmen zu können.

Herr Abdi wurde am 27. Juni 2015 aufgefordert sich beim Büro der Justizbehörde des Ewin Gefängnisses vorzustellen.

Außerdem wurde Mahmoud Beheshti Langroodi, der im Anschluss an seinen Hungerstreik im Dezember 2015 provisorisch entlassen wurde, eine Verlängerung seines Freiganges nicht genehmigt und wurde gezwungen, am 14 Januar 2016 zum Gefängnis zurückzukehren. Andere eingesperrte Lehrer, einschließlich Rasoul Bodaghis, wie Ali Akbar Baghanis, Alireza Hashemis und Abolreza Ghanbaris sitzen nach wie vor im Gefängnis

**Internationalen Allianz zur
Unterstützung der ArbeiterInnen im
Iran – Deutschland**

www.etehadbinalmelali.com
alliance_workers_iran@yahoo.de